

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 1042

[C – 2007/33009]

**21. DEZEMBER 2006 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses vom 20. Dezember 2001
über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden,
die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 511 vom 11. März 1987 und das Gesetz vom 6. Juli 1989;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen;

Aufgrund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. September 2006;

Aufgrund des Gutachtens des Hohen Rates der Städte, Gemeinden und Provinzen der Wallonischen Region vom 21. September 2006;

Aufgrund des am 25. Juli 2006 an den föderalen Beschäftigungsminister gerichteten Antrags auf Konzertierung in Anwendung von Artikel 6, § 3bis, 1°, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen und der Antwort des föderalen Beschäftigungsministers vom 6. November 2006;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. Juni 2006;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Dezember 2006;

Aufgrund des Gutachtens 41.640/2 des Staatsrates, das am 4. Dezember 2006 in Anwendung von Artikel 84, Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 1 des Erlasses vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, werden die Wörter «Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme» durch die Wörter «Beschäftigung, Gesundheit und Soziales» ersetzt.

Art. 2 - In Artikel 1 desselben Erlasses wird die Aufzählung um einen Punkt 8 mit folgendem Wortlaut ergänzt: «8. der «Königliche Erlass vom 9. Juni 1999»: der Königliche Erlass vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer.».

Art. 3 - Artikel 3 des Erlasses wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Art. 3 § 1 - Der unbeschäftigte Arbeitsuchende, der als Arbeitsuchender eingetragen ist, kann eine Stelle als BVA besetzen, das bedeutet:

1. die gemäß dem Königlichen Erlass entschädigten, unbeschäftigten Vollarbeitslosen;
2. die unbeschäftigten Empfänger einer Einkommensersatzbeihilfe oder einer Eingliederungsbeihilfe aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung;
3. die in Artikel 89 des Königlichen Erlasses erwähnten Arbeitslosen;
4. die entschädigten Vollarbeitslosen, die einer Berufsausbildung folgen, die durch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen oder durch die Dienststelle für Personen mit Behinderung organisiert oder anerkannt ist;
5. die unbeschäftigten Empfänger des Eingliederungseinkommens, das durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung vorgesehen ist;
6. die unbeschäftigten Sozialhilfeempfänger, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das im Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung vorgesehene Eingliederungseinkommen haben, die im Fremdenregister eingetragen sind, insofern sie von der Beantragung einer Arbeitserlaubnis gemäß Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 befreit sind oder im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind;
7. die Asylbewerber, die im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis C gemäß Artikel 17, 1. des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 sind;
8. die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnhaften unbeschäftigten Arbeitssuchenden.

§ 2 - Personen, die als BVA-Kraft eingestellt werden, dürfen mit Ausnahme des in Artikel 11 erwähnten Koordinationspersonals am Tag vor der Vertragsdurchführung keinen höheren Abschluss, als den Abschluss der Oberstufe des Sekundarunterrichtes aufweisen.

§ 3 - Die Situation der in §1 erwähnten Personen wird am Tag vor der Vertragsdurchführung bewertet.» .

Art. 4 - In Artikel 6 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in Absatz 1, Punkt 2, werden die Wörter «Empfänger des Existenzminimums» durch die Wörter «Empfänger des Eingliederungseinkommens» ersetzt;

2. in Absatz 1 werden die Punkte 4. und 5. gestrichen;

3. der zweite und dritte Absatz werden gestrichen.

Art. 5 - In Artikel 7 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in Absatz 1, Punkt 2, werden die Wörter «Empfänger des Existenzminimums» durch die Wörter «Empfänger des Eingliederungseinkommens» ersetzt;
2. in Absatz 1 wird in Punkt 4 der Wortlaut «oder» gestrichen und Punkt 5 aufgehoben;
3. Absatz 2 und Absatz 3 werden aufgehoben.

Art. 6 - An Artikel 8 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in Absatz 2 wird Punkt 4 durch folgenden Wortlaut ersetzt: «4. die Zeiten des Bezugs des Eingliederungseinkommens in Anwendung des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung;»;
2. in Absatz 3 des Erlasses werden die Wörter «Existenzminimums» jeweils durch das Wort «Eingliederungseinkommens» ersetzt;
3. in Absatz 4 werden die Wörter «entweder aufgrund der Artikel 78 oder 79 des Königlichen Erlasses durch die entschädigten Vollarbeitslosen jeweils im Rahmen einer Beschützenden Werkstätte oder einer ihr für die Anwendung des Artikels 78 des Königlichen Erlasses gleichgestellten Einrichtung, oder» aufgehoben.

Art. 7 - In Artikel 9 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in § 1, § 2 und § 3 desselben Erlasses wird jeweils der Wortlaut «Artikel 11, § 1, Absatz 1» durch den Wortlaut «Artikel 11, § 1, Absatz 2» ersetzt;
2. der Artikel wird um einen § 4 und § 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:
«§ 4 - Ab dem 1. Januar 2007 werden die in Artikel 6 und 7 erwähnten Zuschüsse am ersten Tag des Quartals, dass dem Quartal folgt, in dem der Arbeitnehmer 10 Jahre bei der lokalen Behörde beschäftigt ist, auf die in Artikel 5 erwähnte Summe reduziert.

Ab dem 1. Januar 2008 werden die in Artikel 6 und 7 erwähnten Zuschüsse am 1 Tag des Quartals, dass dem Quartal folgt, in dem der Arbeitnehmer 5 Jahre bei der lokalen Behörde beschäftigt ist, auf die in Artikel 5 erwähnte Summe reduziert.

Für die Anwendung der vorerwähnten Bestimmungen werden alle Unterbrechungszeiträume Beschäftigungszeiträumen gleichgestellt.

§ 5 - Der BVA, der am 31. Dezember 2006 als BVA bei seinem Arbeitgeber beschäftigt ist und der Zuschusskategorie 10.200 € oder 15.300 € zugeordnet ist, wird am ersten Tag des Quartals, das dem Quartal folgt, in dem er 60 Monate bei seinem Arbeitgeber als BVA beschäftigt ist, der Zuschusskategorie 5.100 € zugeordnet. Für die Anwendung der vorerwähnten Bestimmung werden Unterbrechungszeiträume Beschäftigungszeiträumen als BVA gleichgestellt. Von der vorerwähnten Reduzierung der Zuschusskategorie sind nicht die BVA betroffen, die am 31. Dezember 2006 mindestens 50 Jahre alt sind oder die am 31. Dezember 2006 über eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von mindestens 33 % verfügen, die durch den zuständigen Arzt des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung gemäß Artikel 141 des Königlichen Erlasses festgestellt wurde.».

Art. 8 - An Artikel 10 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. § 2, Punkt a), wird um folgende Bestimmung ergänzt: «Ab dem 1. Januar 2008 wird die Basiszuwendung durch die Regierung im Fünfjahresrhythmus festgelegt;»;
2. in § 2, b), wird das Wort «Existenzminimumempfängerrate» durch das Wort «Eingliederungseinkommempfängerrate» ersetzt;
3. in § 3, Absatz 1, und § 4 des Erlasses wird der Wortlaut «31. Dezember 2004» durch den Wortlaut «31. Dezember 2007» ersetzt;
4. in § 5, Absatz 2, b), wird das Wort «Existenzminimumempfängerrate» durch das Wort «Eingliederungseinkommempfängerrate» ersetzt und das Wort «Existenzminimumempfänger» wird jeweils durch das Wort «Eingliederungseinkommempfänger» ersetzt;
5. in § 5, Absatz 3, wird das Wort «Dreijahresabkommen» jeweils durch das Wort «Fünfjahresabkommen» ersetzt;
6. in § 5, Absatz 3, werden die Wörter «Ministeriums der sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und der Umwelt» durch «Föderalen Öffentlichen Programmierungsdienstes Sozialeingliederung, Armutsbekämpfung und Sozialwirtschaft» ersetzt;
7. Absatz 5 von § 5 einschließlich der Tabelle wird aufgehoben.

Art. 9 - In Artikel 11 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in § 1, Absatz 4 wird der Punkt g) aufgehoben;
2. in § 3, wird in Punkt d) das Wort «finanziellen» aufgehoben.

Art. 10 - In Artikel 12, Absatz 4 desselben Erlasses wird der Wortlaut «3 Jahren» durch «5 Jahren» ersetzt.

Art. 11 - Kapitel VI desselben Erlasses, das den Artikel 13 enthält, wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:
„Kapitel VI – Die Kumulierung der Punkte und Kürzung der Zuschüsse

Art. 13 § 1 - Zur Gewährleistung eines Beschäftigungseffektes dürfen die in der 2. Zusatzzuwendung zugeteilten Punkte nicht mit zugeteilten Punkten aus der Basiszuwendung und der 1. Zusatzzuwendung für denselben BVA kumuliert werden.

§ 2 - Die lokale Behörde benutzt keinen Punkt, wenn sie BVA im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, einstellt.

§ 3 - Eine Kürzung der in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse findet ab dem 1. Januar 2008 statt, wenn die lokale Behörde im betreffenden Jahr nicht wenigstens den durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestand in der Höhe des im Laufe des Jahres 2004 beschäftigten durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes aufrechterhalten hat.

Falls der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent berechnete Personalbestand im betreffenden Jahr reduziert wird, werden die in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse um den Prozentsatz der Reduzierung des durchschnittlichen gesamten in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes gekürzt.

Geht die Reduzierung des Personalstandes jedoch mit einer Erhöhung des durchschnittlichen statutarischen in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestands einher, erfolgt die im vorigen Absatz angeführte Kürzung jedoch nur in Höhe des Unterschieds zwischen dem im vorigen Absatz angeführten Prozentsatz und dem Doppelten des Prozentsatzes der Erhöhung des durchschnittlichen statutarischen in Vollzeitäquivalent berechneten Personalbestandes.

Der durchschnittliche gesamte in Vollzeitäquivalent ausgedrückte Personalbestand wird berechnet anhand der Angaben in den vierteljährlichen statistischen Rahmen, die sich aus den für das Landesamt für soziale Sicherheit der Provinzial- und Lokalverwaltungen bestimmten Erklärungen ergeben.

Folgende Personen werden nicht in die vorerwähnte Berechnung des Personalstandes einbezogen:

1. das unterrichtende Personal;
2. das in Anwendung der Konvention zum ersten Arbeitsplatz, eingeführt durch Kapitel VIII des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, beschäftigte Personal;
3. die Arbeitnehmer, die gemäß dem Dekret vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms beschäftigt werden; sowie die Arbeitnehmer, die beschäftigt werden in Ausführung des Königlichen Erlasses vom 14. Oktober 1998 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1998 zur Regelung der Beteiligung an den Lohnkosten für die Arbeitnehmer der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes, die im Rahmen eines Programms für beruflichen Übergang beschäftigt werden;
4. die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer;
5. die Empfänger des Eingliederungseinkommens, die kraft Artikel 60, § 7, des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über öffentliche Sozialhilfezentren beschäftigt werden;
6. das Krankenhauspersonal;
7. das freiwillige Feuerwehrpersonal;
8. das im operationellen Kader und im Verwaltungs- und Logistikkader der lokalen Polizeizonen übernommene Personal.«

Art. 12 - In Artikel 14 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. in § 1 und § 2 werden die Wörter «drei Jahren» durch die Wörter «fünf Jahren» ersetzt;
2. in § 1 werden die Wörter «und entsprechen dem als Anlage I veröffentlichten Muster» gestrichen;
3. in § 2 werden die Wörter «und entsprechen dem als Anlage II veröffentlichten Muster» gestrichen;
4. der Artikel wird um einen § 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt: «§ 3 - Das Muster der in § 1 und § 2 erwähnten Abkommen wird vom Minister festgelegt. » .

Art. 13 - Artikel 15, § 4, desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 14 - Artikel 16, § 2, desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 15 - In Artikel 19 desselben Erlasses werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. § 2 wird aufgehoben;
2. § 4 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«§ 4 - Die Zahlung des Zuschusses erfolgt durch das Ministerium. Die Vorschusszahlungen erfolgen auf Grundlage der vierteljährlich, spätestens innerhalb des Monats nach Ablauf des Trimesters, auf welches sie sich beziehen, beim Ministerium einzureichenden Leistungskoeffizienten, die auf elektronischem Wege zugestellt werden. Die Leistungskoeffizienten werden monatlich berechnet und entsprechen der Anzahl effektiv bezahlter Arbeitstage oder -stunden dividiert durch die Anzahl zu bezahlender Arbeitstage oder -stunden des betreffenden Monats. Die so errechneten monatlichen Leistungskoeffizienten werden addiert und unter Berücksichtigung des Arbeitszeitregimes mit einem Zwölftel des Jahreszuschusses multipliziert.

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach dem Ziviljahr, auf das sich die Lohn- oder Gehaltsbelege beziehen, ist das Ministerium nicht mehr gehalten, den Zuschuss zu zahlen.

Die vierteljährlichen Vorschüsse entsprechen einem Viertel von 80 % der gemäß Artikel 10 gewährten Basis- und 1. Zusatzzuwendung und der gemäß Artikel 12 gewährten Punkte zu Gunsten der Plurikommunalen Polizeizonen. Im Laufe des ersten Semesters des Jahres, das dem zu bezuschussenden Jahr folgt, erfolgt definitive Verrechnung der ausbezahlten Vorschüsse.»

Art. 16 - Die Anlagen I und II desselben Erlasses werden aufgehoben.

Art. 17 - Dieser Erlass tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Art. 18 - Der Minister zuständig für die Beschäftigung ist mit der Durchführung dieses Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Dezember 2006

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 1042

[C — 2007/33009]

21 DECEMBRE 2006. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant l'arrêté du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'Etat auprès de certains pouvoirs locaux, modifié par l'arrêté royal n° 511 du 11 mars 1987 et par la loi du 6 juillet 1989;

Vu le décret du Conseil Régional Wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 26 septembre 2006;

Vu l'avis du Conseil supérieur des villes, communes et provinces de la Région wallonne, donné le 21 septembre 2006;

Vu la demande de concertation adressée en date du 25 juillet 2006 à l'attention du Ministre fédéral de l'Emploi en application de l'article 6, § 3bis, 1°, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 et la réponse remise par le Ministre fédéral de l'Emploi en date du 6 novembre 2006;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 20 juin 2006;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 8 décembre 2006;

Vu l'avis du Conseil d'Etat 41.640/2, émis le 4 décembre 2006 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 1 de l'arrêté du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, les mots « Formation, Emploi et Programmes européens » sont remplacés par les mots « Emploi, Santé et Affaires sociales ».

Art. 2. Dans l'article 1 du même arrêté, l'énumération est complétée par un 8° libellé comme suit :

« 8° l'arrêté royal du 9 juin 1999 : l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers. »

Art. 3. L'article 3 de l'arrêté susvisé est remplacé par la disposition suivante :

« Article 3 - § 1 - Peuvent occuper un emploi de T.C.S. les demandeurs d'emploi non occupés inscrits comme demandeurs d'emploi, à savoir :

1° les chômeurs complets indemnisés conformément à l'arrêté royal, non occupés;

2° les bénéficiaires, non occupés, d'une allocation de remplacement de revenu ou d'intégration en vertu de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées;

3° les chômeurs visés par l'article 89 de l'arrêté royal;

4° les chômeurs complets indemnisés qui suivent une formation professionnelle organisée ou agréée par l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone, par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ainsi que par l'Office pour les personnes handicapées;

5° les bénéficiaires, non occupés, du revenu d'intégration prévu par la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

6° les bénéficiaires de l'aide sociale, non occupés, n'ayant pas droit au revenu d'intégration prévu par la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale en raison de leur nationalité, qui sont inscrits dans le registre des étrangers, pour autant qu'ils soient dispensés de l'obligation d'obtenir un permis de travail conformément à l'article 2 de l'arrêté royal du 9 juin 1999 ou soient en possession d'un permis de travail;

7° les candidats réfugiés qui sont en possession d'un permis de travail C valable conformément à l'article 17, 1°, de l'arrêté royal du 9 juin 1999;

8° les demandeurs d'emploi, non occupés, domiciliés en Communauté germanophone.

§ 2 - Les personnes engagées comme TCS ne pourront plus, la veille de l'exécution du contrat, être titulaires d'un diplôme supérieur à celui de l'enseignement secondaire supérieur, à l'exception du personnel de coordination visé à l'article 11.

§ 3 - La situation des personnes énumérées au § 1 est évaluée la veille de l'exécution du contrat. »

Art. 4. L'article 6 du même arrêté est modifié comme suit :

1° à l'alinéa 1, 2°, les mots « bénéficiaire du minimex » sont remplacés par les mots « bénéficiaire du revenu d'intégration »;

2° à l'alinéa 1, les points 4° et 5° sont supprimés;

3° les alinéas 2 et 3 sont supprimés.

Art. 5. L'article 7 du même arrêté est modifié comme suit :

1° à l'alinéa 1, 2°, les mots « bénéficiaire du minimex » sont remplacés par les mots « bénéficiaire du revenu d'intégration »;

2° à l'alinéa 1, 4°, le mot « ou » est supprimé et le point 5° est abrogé;

3° les alinéas 2 et 3 sont abrogés.

Art. 6. L'article 8 du même arrêté est modifié comme suit :

1° A l'alinéa 2, le 4° est remplacé comme suit :

« 4° les périodes de bénéficiaire du revenu d'intégration en application de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale; »

2° A l'alinéa 3 de l'arrêté, le terme « minimex » est chaque fois remplacé par « revenu d'intégration ».

3° A l'alinéa 4, le passage « par les chômeurs complets indemnisés que ce soit, en vertu des articles 78 resp. 79 de l'arrêté royal, au sein d'un atelier protégé ou d'un établissement y assimilé en application de l'article 78 de l'arrêté royal ou » est supprimé.

Art. 7. L'article 9 du même arrêté est modifié comme suit :

1° aux §§ 1, 2 et 3, le passage « article 11, § 1^{er}, alinéa 1 » est chaque fois remplacé par « article 11, § 1, alinéa 2 ».

2° l'article 9 du même arrêté est complété par un § 4 et un § 5, libellés comme suit :

« § 4 - A partir du 1^{er} janvier 2007, les subventions mentionnées aux articles 6 et 7 seront ramenées à la somme énoncée à l'article 5 dès le premier jour du trimestre suivant celui au cours duquel le travailleur compte 10 années d'occupation auprès du pouvoir local.

A partir du 1^{er} janvier 2008, les subventions mentionnées aux articles 6 et 7 seront ramenées à la somme énoncée à l'article 5 dès le premier jour du trimestre suivant celui au cours duquel le travailleur compte 5 années d'occupation auprès du pouvoir local.

Pour l'application des conditions susmentionnées, toutes les périodes d'interruption sont assimilées à des périodes d'occupation.

§ 5 - Le TCS qui, au 31 décembre 2006 est occupé auprès de son employeur comme TCS et est classé dans la catégorie de subsides 10.200 € ou 15.300 €, est classé dans la catégorie de subsides 5.100 € au premier jour du trimestre qui suit celui au cours duquel il atteint 60 mois d'occupation comme TCS auprès de son employeur. Pour l'application de cette disposition, les périodes d'interruption sont assimilées à des périodes d'occupation comme TCS. Ne sont pas concernés par la diminution de catégorie de subsides les TCS qui, au 31 décembre 2006, étaient âgés d'au moins 50 ans et présentaient une incapacité de travail permanente de 33% au moins, constatée par le médecin compétent de l'Office national de l'Emploi conformément à l'article 141 de l'arrêté royal. »

Art. 8. L'article 10 du même arrêté est modifié comme suit :

1° Le § 2, a), est complété par la disposition suivante :

« A partir du 1^{er} janvier 2008, la dotation de base sera fixée tous les 5 ans par le Gouvernement. »;

2° au § 2, b), le passage « taux de minimexés » est remplacé par « taux de bénéficiaires du revenu d'intégration »;

3° aux § 3, alinéa 1, et § 4, de l'arrêté, la date du « 31 décembre 2004 » est remplacée par la date du « 31 décembre 2007 »;

4° au § 5, alinéa 2, b), le passage « le taux de minimexés » est remplacé par « le taux de bénéficiaires du revenu d'intégration » et le terme « minimexés » est chaque fois remplacé par « bénéficiaires du revenu d'intégration »;

5° au § 5, alinéa 3, les mots « convention triennale » sont remplacés par « convention quinquennale »;

6° au § 5, alinéa 3, le passage « Ministère des Affaires sociales, de la Santé publique et de l'Environnement » est remplacé par « Service public fédéral de programmation Intégration sociale, Lutte contre la pauvreté et Economie sociale »;

7° au § 5, l'alinéa 5, en ce compris le tableau, est abrogé.

Art. 9. L'article 11 du même arrêté est modifié comme suit :

1° au § 1, alinéa 4, le littéra g) est abrogé;

2° au § 3, littéra d), le mot « financières » est abrogé.

Art. 10. Dans l'article 12, alinéa 4, du même arrêté, les mots « 3 ans » sont remplacés par « 5 ans ».

Art. 11. Le chapitre VI du même arrêté, comprenant l'article 13, est remplacé comme suit :

« Chapitre VI - Du cumul du nombre de points et de la réduction des subventions

Article 13 - § 1^{er} - Afin de garantir un effet sur l'emploi, les points attribués au titre de seconde dotation supplémentaire ne peuvent être cumulés, pour le même T.C.S., avec les points attribués dans le cadre de la dotation de base et de la première dotation supplémentaire.

§ 2 - Le pouvoir local n'utilise aucun point lorsqu'il engage des T.C.S. en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs.

§ 3 - La subvention accordée en application du présent arrêté est réduite à partir du 1^{er} janvier 2008 si, au cours de l'année concernée, le pouvoir local n'a pas conservé au moins l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein au niveau de ce qu'il était au cours de l'année 2004.

Si l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein a diminué au cours de l'année concernée, les subventions accordées en application du présent arrêté sont réduites du pourcentage de réduction de l'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein.

Si la réduction de l'effectif s'accompagne toutefois d'une augmentation de l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein, la réduction dont question à l'alinéa précédent n'intervient qu'à concurrence de la différence entre le pourcentage prévu à l'alinéa précédent et le double du pourcentage de l'augmentation de l'effectif moyen statutaire exprimé en équivalents temps plein.

L'effectif global moyen exprimé en équivalents temps plein est calculé sur la base des données figurant dans les cadres statistiques trimestriels et résultant des déclarations à l'Office national de Sécurité sociale des Administrations provinciales et locales.

Les personnes suivantes ne sont pas prises en considération pour le calcul de l'effectif susvisé :

1° le personnel enseignant;

2° le personnel occupé en application de la convention de premier emploi, instaurée par le chapitre VIII de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi;

3° les travailleurs occupés conformément au décret du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, ainsi que les travailleurs occupés en application de l'arrêté royal du 14 octobre 1998 modifiant l'arrêté royal du 30 mars 1998 portant règlement de l'intervention dans le coût salarial pour les travailleurs de communes appartenant à la Région de langue allemande, mis au travail dans le cadre d'un programme de transition professionnelle;

4° les T.C.S.;

5° les bénéficiaires du revenu d'intégration occupés dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale;

6° le personnel hospitalier;

7° le personnel du corps de pompiers volontaires;

8° le personnel repris au cadre opérationnel et aux cadres administratif et logistique des zones de police locale. »

Art. 12. L'article 14 du même arrêté est modifié comme suit :

1° aux §§ 1 et 2, les mots « trois ans » sont remplacés par « cinq ans »;

2° au § 1, le passage « et sont établies conformément au modèle repris à l'annexe I » est supprimé;

3° au § 2, le passage « et sont établies conformément au modèle repris à l'annexe II » est supprimé.

4° l'article 14 du même arrêté est complété par le § 3 suivant :

« § 3 - Le modèle des conventions visées aux §§ 1 et 2 est établi par le Ministre. »

Art. 13. L'article 15, § 4, du même arrêté est abrogé.

Art. 14. L'article 16, § 2, du même arrêté est abrogé.

Art. 15. L'article 19 du même arrêté est modifié comme suit :

1° le § 2 est abrogé;

2° le § 4 est remplacé comme suit :

« § 4 - La subvention est liquidée par le Ministère. Les tranches provisionnelles sont liquidées sur la base des coefficients de performance renvoyés trimestriellement au Ministère par voie électronique, au plus tard au cours du mois qui suit le terme du trimestre auquel ces tranches provisionnelles se rapportent. Les coefficients de performance sont calculés mensuellement et correspondent au nombre de jours ou d'heures effectivement rémunérés, divisé par le nombre de jours ou d'heures à rémunérer pour le mois concerné. Ces coefficients de performance mensuels sont additionnés et, en tenant compte du régime de travail, multipliés par 1/12 de la subvention annuelle.

Au terme d'un délai de deux mois suivant l'année civile à laquelle se rapportent les justificatifs de traitement, le Ministère n'est plus tenu de payer la subvention.

Les avances trimestrielles correspondent à un quart de 80% de la dotation de base et de la première dotation supplémentaire accordées conformément à l'article 10 et des points attribués en faveur des zones de police pluricomunales conformément à l'article 12. Le décompte définitif des avances liquidées est opéré au cours du premier trimestre de l'année suivant l'année du subventionnement. »

Art. 16. Les annexes I et II du même arrêté sont abrogées.

Art. 17. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2007.

Art. 18. Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 décembre 2006.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 1042

[C - 2007/33009]

21 DECEMBER 2006. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 511 van 11 maart 1987 en bij de wet van 6 juli 1989;

Gelet op het decreet van de Raad van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 26 september 2006;

Gelet op het advies van de Hoge Raad voor Steden, Gemeenten en Provincies van het Waalse Gewest, gegeven op 21 september 2006;

Gelet op het verzoek om overleg, gericht op 25 juli 2006 aan de federale Minister van Werk met toepassing van artikel 6, § 3bis, 1°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, en het antwoord van de federale Minister van Werk op 6 november 2006;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 juni 2006;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 8 december 2006;

Gelet op het advies van de Raad van State 41.640/2, gegeven op 4 december 2006 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen, worden de woorden « Vorming, Werkgelegenheid en Europese programma's » vervangen door de woorden « Werkgelegenheid, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden ».

Art. 2. In artikel 1 van hetzelfde besluit wordt de opsomming met een 8° aangevuld, luidend als volgt :

« 8° het koninklijk besluit van 9 juni 1999 : het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers. »

Artikel 3 - Artikel 3 van bovenvermeld besluit wordt vervangen als volgt :

Art. 3. § 1 - Kunnen geco-banen bezetten de niet-werkende werkzoekenden die als werkzoekenden ingeschreven zijn, t.w. :

1° de niet-werkende volledig uitkeringsgerechtigde werklozen overeenkomstig het koninklijk besluit;

2° de niet-werkende rechthebbenden op een inkomensvervangende of integratietegemoetkoming overeenkomstig de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan gehandicapten;

3° de werklozen bedoeld in artikel 89 van het koninklijk besluit;

4° de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen die een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's of door de Dienst voor de personen met een handicap georganiseerde of erkende beroepsopleiding volgen;

5° de niet-werkende rechthebbenden op het leefloon bedoeld in de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie;

6° de niet-werkende rechthebbenden op sociale hulp die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het leefloon bedoeld in de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie en die ingeschreven zijn in het vreemdelingenregister en als werkzoekenden, voor zover zij van de verplichting vrijgesteld zijn een arbeidsvergunning te verkrijgen overeenkomstig artikel 2 van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 of houders zijn van een arbeidsvergunning;

7° de kandidaat-vluchtelingen die houders zijn van een geldige C-arbeidsvergunning overeenkomstig artikel 17, 1°, van het koninklijk besluit van 9 juni 1999;

8° de in de Duitstalige Gemeenschap woonachtige niet-werkende werkzoekenden.

§ 2 - De als geco's aangeworven personen mogen op de dag vóór de uitvoering van het verdrag niet meer houders zijn van een hoger diploma dan hetgeen van het hoger secundair onderwijs, behoudens het coördinatiepersoneel bedoeld in artikel 11.

§ 3 - De situatie van de personen bedoeld in § 1 wordt op de dag vóór de uitvoering van het verdrag geschat. »

Art. 4. Artikel 6 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° in lid 1, 2°, wordt het woord « bestaansminimumtrekker » vervangen door de woorden « rechthebbende op het leefloon »;

2° in lid 1 worden de punten 4 en 5 geschrapt;

3° de leden 2 en 3 worden geschrapt.

Art. 5. Artikel 7 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° in lid 1, 2°, wordt het woord « bestaansminimumtrekker » vervangen door de woorden « rechthebbende op het leefloon »;

2° in lid 1 wordt in punt 4° het woord « of » geschrapt en wordt punt 5° opgeheven;

3° de leden 2 en 3 worden opgeheven.

Art. 6. Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° lid 2, 4°, wordt vervangen als volgt :

« 4° de periodes tijdens dewelke het leefloon met toepassing van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie uitbetaald werd; ».

2° in lid 3 wordt het woord « bestaansminimum » telkens vervangen door het woord « leefloon »;

3° in lid 4 wordt de passus « door de volledig uitkeringsgerechtigde werklozen ofwel krachtens de artikelen 78 resp. 79 van het koninklijk besluit in een beschut werkplaats of een voor de toepassing van artikel 78 van het koninklijk besluit ermee gelijkgestelde instelling ofwel » opgeheven.

Art. 7. Artikel 9 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° in de §§ 1, 2 en 3, wordt de passus « 11, § 1, lid 1 » telkens vervangen door de passus « 11, § 1, lid 2 »;

2° het artikel wordt met de volgende §§ 4 en 5 aangevuld :

« § 4 - Vanaf 1 januari 2007 zullen de toelagen vermeld in de artikelen 6 en 7 teruggebracht worden tot het bedrag vermeld in artikel 5, en dit vanaf de eerste dag van het trimester na hetgeen waarin de werknemer 10 jaar tewerkstelling bij het lokaal bestuur kan bewijzen.

Vanaf 1 januari 2008 zullen de toelagen vermeld in de artikelen 6 en 7 teruggebracht worden tot het bedrag vermeld in artikel 5, en dit vanaf de eerste dag van het trimester na hetgeen waarin de werknemer 5 jaar tewerkstelling bij het lokaal bestuur kan bewijzen.

Voor de toepassing van bovenvermelde bepalingen worden alle onderbrekingsperiodes met tewerkstellingsperiodes gelijkgesteld.

§ 5 - De geco die op 31 december 2006 bij zijn werkgever als geco tewerkgesteld is en tot de toelagecategorie € 10.200 of € 15.300 behoort, wordt op de eerste dag van het trimester na hetgeen waarin hij 60 maanden tewerkstelling als geco bij zijn werkgever kan bewijzen, in de toelagecategorie € 5.100 gerangschikt. Voor de toepassing van deze bepaling worden alle onderbrekingsperiodes met periodes van tewerkstelling als geco gelijkgesteld. Worden niet door de bovenvermelde vermindering van de toelagecategorie betrokken de geco's die op 31 december 2006 ten minste 50 jaar oud zijn of een blijvende arbeidsongeschiktheid van ten minste 33% hebben die door de bevoegde arts van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening overeenkomstig artikel 141 van het koninklijk besluit is vastgelegd. »

Art. 8. Artikel 10 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° § 2, a), wordt aangevuld met de volgende bepaling :

« Vanaf 1 januari 2008 zal de basisdotatie om de vijf jaar door de Regering vastgelegd worden. »;

2° in § 2, b), wordt de passus « het aantal bestaansminimumtrekkers » vervangen door de passus « het aantal rechthebbenden op het leefloon »;

3° in § 3, lid 1, en § 4, van het besluit wordt de datum « 31 december 2004 » vervangen door « 31 december 2007 »;

4° in § 5, lid 2, b), wordt het woord « bestaansminimumtrekkers » telkens vervangen door de woorden « rechthebbenden op het leefloon »;

5° in § 5, lid 3, worden de woorden « driejarige overeenkomst » telkens vervangen door de woorden « vijfjarige overeenkomst »;

6° in § 5, lid 3, wordt de passus « het Ministerie van Sociale Zaken, Volksgezondheid en Leefmilieu » vervangen door de passus « de Programmatorische Federale Overheidsdienst Maatschappelijke Integratie, Armoedebestrijding en Sociale Economie »;

7° in § 5 wordt lid 5, met inbegrip van de tabel, opgeheven.

Art. 9. Artikel 11 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1, lid 4, wordt g) opgeheven;

2° in § 3 wordt in d) het woord « financiële » geschrapt.

Art. 10. In artikel 12, lid 4, van hetzelfde besluit worden de woorden « 3 jaar » vervangen door « 5 jaar ».

Art. 11. Hoofdstuk VI van hetzelfde besluit, dat artikel 13 bevat, wordt vervangen door de volgende bepalingen :

« Hoofdstuk VI - Cumulatie en vermindering van het aantal punten en toelagen

Artikel 13 - § 1 - Om een effect op de tewerkstelling te bereiken, mogen de punten toegekend als tweede bijkomende dotatie niet gecumuleerd worden met de punten toegekend voor één en dezelfde geco in het kader van de basisdotatie en van de eerste bijkomende dotatie.

§ 2 - Het plaatselijk bestuur gebruikt geen punt, als het geco's tewerkstelt in het kader van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken.

§ 3 - De toelagen toegekend met toepassing van dit besluit worden vanaf 1 januari 2008 verminderd, indien het plaatselijk bestuur in het betrokken jaar het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, niet ten minste op zijn niveau van het jaar 2004 gehandhaafd heeft.

Indien het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, lager ligt in het betrokken jaar, dan worden de met toepassing van dit besluit toegekende toelagen met een dienovereenkomstig percentage verminderd.

Indien de vermindering van het personeelsbestand echter gepaard gaat met een verhoging van het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, dan wordt de in vorig lid bedoelde vermindering beperkt tot het verschil tussen het in vorig lid bedoelde percentage en het tweevoud van het percentage waarmee het gemiddeld statutair personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, toenam.

Het totaal gemiddeld personeelsbestand, in voltijdsequivalenten uitgedrukt, wordt berekend op basis van de gegevens van de driemaandelijke statistieken, zoals medegedeeld aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid van de Provinciale en Plaatselijke Overheidsdiensten.

Volgende personen worden niet in aanmerking genomen voor de bovenvermelde berekening van het personeelsbestand :

1° het onderwijzend personeel;

2° het personeel tewerkgesteld met toepassing van de startbaanovereenkomst, ingevoerd bij hoofdstuk VIII van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid;

3° de werknemers tewerkgesteld overeenkomstig het decreet van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, alsmede de werknemers die in dienst genomen worden met toepassing van het koninklijk besluit van 14 oktober 1998 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 1998 houdende regeling van de tegemoetkoming in de loonkosten voor de werknemers van gemeenten behorend tot het Duitse taalgebied, tewerkgesteld in het kader van een doorstromingsprogramma;

4° de geco's;

- 5° de rechthebbenden op het leefloon die overeenkomstig artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn tewerkgesteld zijn;
- 6° het ziekenhuispersoneel;
- 7° de vrijwillige brandweerlieden;
- 8° het personeel opgenomen in het operationeel kader en in het administratief en het logistisch kader van de zones van de lokale politie. »

Art. 12. Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

- 1° in de §§ 1 en 2 worden de woorden « drie jaar » vervangen door de woorden « vijf jaar »;
- 2° in § 1 wordt de passus « en stemmen overeen met het model opgenomen in de bijlage I » geschrapt;
- 3° in § 2 wordt de passus « en stemmen overeen met het model opgenomen in de bijlage II » geschrapt;
- 4° het artikel wordt met een § 3 aangevuld, luidend als volgt :
- « § 3 - Het model van de overeenkomsten bedoeld in de §§ 1 en 2 wordt door de minister vastgelegd. »

Art. 13. Artikel 15, § 4, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 14. Artikel 16, § 2, van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

Art. 15. Artikel 19 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

- 1° § 2 wordt opgeheven;
- 2° § 4 wordt vervangen door de volgende bepalingen :

« § 4 - De toelage wordt door het Ministerie uitbetaald. De voorlopige schijven worden uitbetaald op basis van de prestatiecoëfficiënten die trimestrieel, ten laatste binnen de maand na het einde van het betrokken trimester, bij het Ministerie langs elektronische weg moeten worden ingediend. De prestatiecoëfficiënten worden maandelijks berekend en stemmen overeen met het aantal werkelijk bezoldigde werkdagen of -uren, gedeeld door het aantal te bezoldigen werkdagen of -uren van de betrokken maand. Deze maandelijks prestatiecoëfficiënten worden opgeteld en, met inachtneming van de arbeidstijdregeling, met een twaalfde van de jaarlijkse toelage vermenigvuldigd.

Na afloop van een termijn van twee maanden na het kalenderjaar waartoe de bewijsstukken betreffende de wedde betrekking hebben, is het Ministerie niet meer gehouden de toelage uit te betalen.

De trimestriële voorlopige schijven stemmen overeen met een vierde van 80% van de overeenkomstig artikel 10 toegekende basisdotatie en eerste bijkomende dotatie en van het overeenkomstig artikel 12 ten gunste van de meergemeentenzones van de lokale politie toegekende aantal punten. In de loop van het eerste semester van het jaar dat het subsidiëeringsjaar volgt, wordt de slotrekening van de uitbetaalde voorlopige schijven opgemaakt. »

Art. 16. De bijlagen I en II bij hetzelfde besluit worden opgeheven.

Art. 17. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2007.

Art. 18. De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 21 december 2006.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 1043

[C — 2007/33007]

21. DEZEMBER 2006 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988, insbesondere Artikel 93 bis 101, abgeändert durch die Gesetze vom 29. Dezember 1990, 20. Juli 1991, 22. Juli 1993, 24. Dezember 2002, 22. Dezember 2003 und den Königlichen Erlass vom 3. April 1997;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch die Erlasse der Wallonischen Regierung vom 4. April 1996, 25. April 1996, 19. Dezember 1996, 27. Februar 1997, 27. November 1997, 11. Dezember 1997, 22. Januar 1998 (I), 22. Januar 1998 (II), 26. März 1998, 2. April 1998, 14. Mai 1998, 4. Juni 1998, 9. Juli 1998, 28. Dezember 1998, 4. März 1999 und durch die Erlasse der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. Dezember 2000 und vom 20. Dezember 2001;

Aufgrund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. September 2006;